

Mitteilung für die Presse

Sperrfrist:

7. März 2008, 13.00 Uhr

Staatssekretär Gerd Hoofe vom Bundesfamilienministerium plädiert für einen Paradigmenwechsel in der Kinder- und Jugendhilfe

Auf Einladung des Niedersächsischen Landkreistages (NLT) hat der Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Gerd Hoofe, über Entwicklungen und Perspektiven in der Kinder- und Jugendhilfe in der Landkreisversammlung des NLT im Landkreis Ammerland vorgetragen. Unter dem Aspekt „Wo stehen wir heute - wo wollen wir hin?“ sprach er sich dafür aus, die Interessen und den Schutz von Kindern in den politischen Mittelpunkt aller staatlichen Ebenen zu stellen. Er bewertete es als großen Erfolg, dass sich im Herbst des vergangenen Jahres Bund, Länder und Kommunen darauf verständigt haben, bis 2013 die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren bedarfsgerecht auszubauen.

Der Staatssekretär wies auch auf das zentrale Anliegen „seiner“ Ministerin, Frau von der Leyen, und ihm hin, Kindern mit sozialen und gesundheitlichen Risiken ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Ziel sei es, den Schutz von Kindern aus besonders belasteten Familien vor Vernachlässigung und Misshandlung zu verbessern. Dabei komme es entscheidend darauf an, ein enges und verlässliches Hilfenetz entstehen zu lassen, das die beteiligten Akteure systematisch miteinander verzahnt. Hierzu versprach Hoofe, bestehende Hemmnisse insbesondere im Bereich des Datenschutzes unter Einbindung der Länder zu beseitigen. Unter Hinweis auf die tragischen Fälle von Kindstötungen in den vergangenen Monaten räumte er ein, dass der pädagogische Ansatz, alle Eltern durch entsprechende Hilfen zu guten Eltern befähigen zu wollen, sich nicht immer umsetzen lasse. In den Fällen, wo alle Hilfen und Angebote versagen, müsse sich der Staat daher konsequent und schnell auf die Seite des Schwächeren stellen. Und dies sei das Kind.

Die Frage nach der Zukunftsperspektive beantwortete Hoofe mit der Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels in der Jugendhilfe. Die Jugendämter müssten vom Image einer Reparatur- und Nachbesserungseinrichtung für gescheiterte Entwicklungen von Kindern und Jugendlichen wegkommen - hin zu einer vorsorgend handelnden Institution, die präventiv und ergebnisorientiert mit individuellen und passgenauen Hilfen so früh wie nötig auf Biografien einwirke. Er wünsche sich moderne Jugendämter als Kompetenzzentren für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Gemeinwesen - in Niedersachsen und überall in der Bundesrepublik Deutschland.

Der stellvertretende Vorsitzende des Niedersächsischen Landkreistages, Landrat Bernhard Reuter, Landkreis Osterode am Harz, erwiderte, die Landkreise und die Region Hannover unterstützten das Anliegen, die Jugendämter zu modernen Kompetenzzentren für Familien und Kinder auszubauen, ausdrücklich. So sehr er sich über das finanzielle Engagement des Bundes freue: Die klaren Zuständigkeiten müssten gewahrt bleiben. Für die Kommunen seien die Länder die zuständigen Ansprechpartner, auch wenn es ums Geld gehe.

Hannover/Bad Zwischenahn, 7. März 2008